

1 Antragsteller: Dr. Ann-Veruschka Jurisch MdB, Benjamin Strasser MdB, Florian
2 Toncar MdB, Valentin Abel MdB, Konrad Stockmeier MdB, Rainer Semet MdB,
3 Claudia Raffelhüschen MdB, Dr. Jens Brandenburg MdB

4

5 *Der Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg möge beschließen:*

6

7 **Für eine echte Migrationswende - Appell für gemeinsame Anstrengungen**

8 Wir brauchen eine Neuordnung der Migrationspolitik, um die schwerwiegenden
9 Fehler in der Asylpolitik seit 2015 unter Bundeskanzlerin Angela Merkel zu
10 korrigieren. Alle staatlichen Ebenen sind bei der Ordnung der Migration gefordert und
11 zuständig. Deshalb können diesen riesigen Kraftakt die Bundesregierung, die
12 Opposition von CDU/CSU im Bundestag und die Bundesländer nur gemeinsam
13 stemmen.

14

15 **1. Der Bund hat wichtige Maßnahmen auf Drängen der FDP bereits** 16 **umgesetzt**

17 Seit der Regierungsübernahme im Bund 2021 haben die Freie Demokraten erste
18 wichtige Gesetzespakete hin zu einer Migrationswende erfolgreich umgesetzt. In der
19 Koalition mit SPD und Grünen hat die FDP bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen,
20 um Migration zu ordnen und insbesondere irreguläre Migration zu begrenzen. Mit der
21 im Mai 2024 beschlossenen Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
22 (GEAS) haben wir erstmals verbindliche Regeln in Europa, um Migration zu steuern
23 und zu ordnen. Dazu gehören u.a. verlässliche Kontrollen an den EU-Außengrenzen,
24 verpflichtende Grenzverfahren, ein europaweiter solidarischer Verteilmechanismus
25 sowie eine Ausweitung der Registrierung von Schutzsuchenden in der EURODAC-
26 Datenbank. Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist am Zug, diese
27 wichtige Reform in der Praxis zum Erfolg zu führen. Die mit der Reform eingeleitete
28 Migrationswende auch auf europäischer Ebene muss gelingen.

29 Die Koalition hat zudem wirkungsvolle Binnengrenzkontrollen eingeführt und sie nun
30 erweitert. Der Rückgang der irregulären Migration zeigt, dass von der Koalition
31 beschlossenen Gesetze und Maßnahmen erste Erfolge zeigen. 2024 sind bisher 25
32 Prozent weniger solcher Asylgesuche im Vergleich zum Vorjahr gemeldet worden.
33 Allein im August 2024 sind gut 46 Prozent weniger Asylgesuche in Deutschland
34 gegenüber August 2023 registriert worden. Das kann aber nur ein erster Schritt sein.
35 Wir brauchen eine dauerhafte, verlässliche Begrenzung von irregulärer
36 Einwanderung. Mit dem Rückführungsverbesserungsgesetz haben wir Anfang des
37 Jahres im Bundestag ein umfangreiches Gesetzespaket verabschiedet, um
38 Abschiebungen schneller und konsequenter durchführen zu können. So wurde zum
39 Beispiel der Ausreisegewahrsam von zehn auf 28 Tage erhöht, aufschiebende
40 Wirkungen von Klagen bei abgelehnten Asylanträgen deutlich eingeschränkt sowie
41 Ausweisungsregelungen verschärft. Zudem haben wir die Leistungskürzung für
42 Asylbewerber von 18 Monate auf 36 Monate erhöht und so den Anreiz zur
43 Einwanderung in den Sozialstaat gesenkt.

44 Die FDP hat sich in der Koalition dafür eingesetzt, dass Schleuserkriminalität
45 effektiver als bisher bekämpft wird: Die Strafen für Schleuser wurden deutlich erhöht
46 und die Ermittlungsbefugnisse im Einsatz gegen Schleuser deutlich erweitert.
47 Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, dass das mutwillige Vernichten der eigenen
48 Ausweisdokumente als Tatbestand aufgenommen wurde, der zu einer Ablehnung des
49 Asylantrags führt.

50 Die FDP Baden-Württemberg begrüßt das in den Bundestag jetzt eingebrachte
51 Sicherheitspaket. Damit sollen Sozialleistungen für Dublin-Flüchtlinge gestrichen
52 werden. Schutzsuchende, die Urlaubsreisen in ihre Heimatländer antreten, wird in
53 einem Widerrufsverfahren der Schutzstatusentzogen. Die Ausweisungsgründe
54 werden beispielsweise bei Messerkriminalität deutlich verschärft und erweitert.
55 Außerdem begrüßen wir als FDP Baden-Württemberg die kürzlich erfolgte
56 Abschiebung von 28 Straftätern nach Afghanistan. Weitere Abschiebungen nach
57 Afghanistan und Syrien müssen nun zeitnah folgen.

58

59 **2. Grün-Schwarz in Baden-Württemberg muss endlich liefern!**

60 In den letzten drei Jahren hat die FDP in Regierungsverantwortung den
61 Instrumentenkasten der Länder bei der Begrenzung und Steuerung von Migration mit
62 den oben genannten Gesetzen gut gefüllt. Für den Vollzug vieler dieser Gesetze sind
63 jedoch die Länder zuständig. Gerade die grün-schwarze Landesregierung lässt das
64 notwendige Engagement bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber vermissen.

65 Wir brauchen dringend eine Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren. Durch
66 schnelle Gerichtsverfahren besteht zügig Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Zudem
67 wird die Voraussetzung für gegebenenfalls notwendige Rückführungen. Gerade
68 Baden-Württemberg erreicht bei den Asylgerichtsverfahren unter CDU-
69 Justizministerin Gentges bestenfalls einen Mittelfeldplatz unter allen Bundesländern.
70 In Baden-Württemberg dauerten Asylgerichtsverfahren 2023 im Durchschnitt 13
71 Monate, während sie unter dem FDP-Justizminister Herbert Mertin in Rheinland-Pfalz
72 in nur viereinhalb Monaten erledigt waren. Wir fordern deshalb Justizministerin
73 Gentges auf, unter anderem durch Bildung von Schwerpunktgerichten eine
74 Konzentration und Beschleunigung der Verfahren zu erreichen. Mit der seit langem
75 von der Landesjustizministerin Gentges (CDU) angekündigten zentralen
76 Ausländerbehörde für die Erwerbsmigration könnten die kommunalen
77 Ausländerbehörden entlastet und gleichzeitig die Verfahren der Arbeitseinwanderung
78 beschleunigt werden.

79 Auch der Ausbau der Abschiebegewahrsamsplätze durch die grün-schwarze
80 Landesregierung ist dringend erforderlich. 51 zentralisierte Abschiebehaft- und
81 Ausreisegewahrsamsplätze für ganz Baden-Württemberg ist bei rund 6500
82 unmittelbar Ausreisepflichtigen viel zu wenig. Die von der Bundesregierung
83 beschlossene Verlängerung des Abschiebegewahrsam auf 28 Tage geht ins Leere,
84 wenn nicht genügend, auch dezentrale Plätze zur Verfügung stehen. Das gilt auch
85 für weitere Maßnahmen wie beschleunigte Überstellungen nach der Dublin-
86 Verordnung, die nur funktionieren können, wenn die Länder genügend
87 Abschiebegewahrsamsplätze vorhalten.

88 Letztendlich muss aber das Land ebenfalls seinen Beitrag zur Entlastung der
89 Kommunen liefern. Es ist für die FDP Baden-Württemberg nicht verständlich, dass
90 das Land trotz freier Ressourcen in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen
91 Asylantragssteller sehr schnell aus den Landeserstaufnahmeeinrichtungen auf die
92 Kommunen verteilt. Kommunen müssen die Gewissheit haben, dass diejenigen
93 Personen, die ihnen zugeteilt werden, auch eine realistische Bleibeperspektive nach
94 positiv beschiedenem Asylantrag haben. Wir fordern Grüne und CDU auf, diese
95 Praxis solange einzustellen, solange freie Kapazitäten in den
96 Landeserstaufnahmeeinrichtungen vorhanden sind.

97

98 **3. Weitere gemeinsame Schritte bei der Migrationswende müssen folgen**

99 All diese Maßnahmen sind wichtige Schritte, doch sie müssen durch weitere
100 gemeinsame Anstrengungen der demokratischen Mitte ergänzt werden. Die
101 demokratische Mitte kann und muss ihre gemeinsame Handlungsfähigkeit in der
102 Frage der Migration beweisen.

103 Deshalb haben wir in den Gesprächen mit der Union einen Plan für effektive
104 Zurückweisungen vorgestellt, der auch Gewahrsamszentren für zurückgewiesene
105 Migrant*innen vorsieht. Damit wollen wir verhindern, dass jemand nach einer
106 Zurückweisung die Grenze an anderer Stelle wieder übertritt, wie das derzeit bei den
107 bereits erfolgenden Zurückweisungen oftmals der Fall ist. Zudem haben wir
108 angeboten, das Modell der Union an einigen Grenzpunkten probeweise einzuführen.
109 Für die FDP ist klar, dass wir auf Bundesebene alles unterstützen, was
110 europarechtlich möglich ist und zur notwendigen Migrationswende beiträgt. Wir
111 fordern dazu auf, das Angebot von Christian Lindner anzunehmen und jetzt schnell
112 Gespräche zu gemeinsamen Maßnahmen für eine echte Migrationswende
113 anzuberaumen.

114 Als FDP Baden-Württemberg fordern wir dabei insbesondere:

- 115 1) Eine sofortige Umsetzung der beschlossenen Verfahren für Zurückweisungen
116 an den deutschen Grenzen.
- 117 2) Fortsetzung der Abschiebeflüge nach Afghanistan sowie in weitere Länder mit
118 vergleichbaren Herausforderungen
- 119 3) Sofortiger Beginn der Erprobung von Asylverfahren in Drittstaaten sowie
120 Abschiebungen in aufnahmebereite Drittstaaten
- 121 4) Neuer Schutzstatus für Ukrainer mit direktem Zugang zum Arbeitsmarkt, aber
122 geringeren Leistungen („Rechtskreiswechsel“)
- 123 5) Konsequenter Verbleib von Asylbewerbern mit geringer Bleibeperspektive in
124 Erstaufnahmezentren
- 125 6) Die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten
- 126 7) Unverzögliche Einführung der Bezahlkarte
- 127

128 Wir sind zu weiteren Gesprächen mit CDU und CSU zur grundlegenden Neuordnung
129 der Migrationspolitik bereit. Das geht aber nur, wenn alle demokratischen Parteien an
130 einem Strang ziehen. Die FDP Baden-Württemberg appelliert deshalb an den
131 Bundeskanzler erneut zu einer Verhandlungsrunde mit den Unionsparteien und den

132 Ländern einzuladen. Wir setzen uns für rechtsstaatliche und europarechtskonforme
133 Lösungen ein, nehmen aber nicht weiter hin, dass eine echte Migrationswende an
134 ideologischen Bedenken auf Seiten der Grünen scheitert.

135

136

137 Begründung:

138 Erfolgt mündlich.